

N i e d e r s c h r i f t

**der 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
16.07.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 17:54 Uhr

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Teilnahme ab 14:17 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	Teilnahme bis 19:48 Uhr
René Trömel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion	Teilnahme bis 19:31 Uhr
Dr. Karamba Diaby	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	Teilnahme ab 17:10 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion	
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Christian Feigl
Melanie Ranft
Dietmar Wehrich
Denis Häder
Sabine Wolff
Tom Wolter
Helmut-Ernst Kaßner
Markus Klätte
Gerhard Pitsch

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion der Alternative für Deutschland
Fraktion der Alternative für Deutschland
Stadtrat

Teilnahme ab 15:29 Uhr

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Tobias Kogge
Wolfram Neumann
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Anja Schneider

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Dr. Ulrike Wünscher
Yvonne Winkler
Gisela Wagner

CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion der Alternative für Deutschland

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 1. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Rodney Thomas zum Riebeckplatz

Herr Thomas brachte sein Unverständnis zum geplanten Umbau des Riebeckplatzes und den Abriss von Gebäuden zum Ausdruck. Seiner Meinung nach sollten alte historische Häuser erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang bat er darum, für die Stadt Halle eine Regel dahingehend aufzustellen, bei allen Erstentwürfen von neuen Projekten keinen Abriss von historischen Gebäuden zu gestatten. Die Regel sollte feststellen, dass Abriss nur genutzt werden darf, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind und es ein öffentliches Interesse und die Zustimmung dafür gibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand merkte dazu an, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass ein Abriss unter denkmalschutzrechtlichen Voraussetzungen nur dann in Betracht käme, wenn es die letzte Möglichkeit sei. So werde von der Stadt bei sämtlichen Prüfungen verfahren.

Momentan werde der Umbau des Riebeckplatzes insgesamt in einem großen Beteiligungsverfahren diskutiert. Es gäbe Architektenwettbewerbe und letztendlich soll es einen Bebauungsplan geben.

Die von Herrn Thomas vorgeschlagene Regelung sei selbstverständlich und gesetzlich bereits vorgesehen. Von daher werde dies auch schon berücksichtigt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass dies auch bei Altbausubstanz gelte und die Stadt immer Lösungen suchen müsse, dass historische Bausubstanz, die nicht unter Denkmalschutz steht, integriert und erhalten werden kann.

Herr Torsten Fritz zum Stadtbahnprogramm

Herr Fritz bezog sich in seiner Anfrage auf den Grundsatzbeschluss zum Stadtbahnprogramm von 2011. Dort habe der Stadtrat das Stadtbahnprogramm Halle 2025 unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung beschlossen.

Nach seiner Kenntnis wurde der Beschluss nicht modifiziert, aufgehoben oder neu beschlossen und er fragte nach, ob sich die Verwaltung mit der beschlossenen Finanzplanung noch im aktuellen Geschehen befinde bzw. ob sich das aktuelle Finanzierungsgeschehen von Seiten der Stadt in diesem Beschluss abbilde.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass beim Prozess Stadtbahnprogramm nicht nur der Grundsatzbeschluss als solcher gesehen werden könne.

Im zweiten Schritt hatte der Stadtrat eine Vorlage zum Beschlusswesen zum Stadtbahnprogramm beschlossen, mit welcher die Schritte für Einzelmaßnahmen für die Linienbeschlüsse bestätigt wurden.

Er erinnerte daran, dass der Stadtrat einen Beschluss zum Einsatz von Städtebauförderung in einer Maßnahme des Stadtbahnprogramms als Co-Finanzierung gefasst hatte. Damit habe sich der Stadtrat im Grundsatz für ein Stadtbahnprogramm ausgesprochen. Durch Linienbeschluss, Einzelmaßnahmenbeschluss im Sinne des Gestaltungsbeschlusses und die Information des Stadtrates über die Quartalsberichte habe er die Möglichkeit einzuhaken, wenn Bedarf gesehen wird.

Der Grundsatzbeschluss zum Stadtbahnprogramm war mit dem Ziel verbunden, die HAVAG als Maßnahmenträger einzusetzen, um den städtischen Anteil möglichst so gut wie es geht auf null zu bringen, was originäre städtische Haushaltsmittel für die Baumaßnahme betrifft.

Auf die Anfrage von **Herrn Fritz**, an welcher Stelle er den für das Jahr 2014 geplanten bzw. bisher akkumulierten Betrag einsehen könne, verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf, dass es keine akkumulierte Vorlage gäbe. Den aktuellen Stand halte der Maßnahmenträger bereit.

In diesem Zusammenhang schlug er Herrn Fritz einen Termin zum Thema Stadtbahnprogramm vor, um seine Fragen zu klären.

Herr Fritz bedankte sich für die Möglichkeit der Terminwahrnehmung bei Herrn Beigeordneten Stäglin.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 1. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 44 Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Da Herr Gottfried Koehn, SPD-Fraktion, zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 02.07.2014 nicht anwesend war, nahm **Herr Lange** auf der Grundlage des § 53 Absatz 2 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Verpflichtung für die Mitgliedschaft im Stadtrat vor. Gleichzeitig wies er gemäß § 30 Absatz 3 Kommunalverfassungsgesetz auf die nach den Paragraphen 32 und 33 obliegenden Pflichten hin.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass eine Tischvorlage der Verwaltung zu einem Antrag seiner Fraktion vorliege, welcher als Dringlichkeitsvorlage zu behandeln sei.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass keine Tagesordnungspunkte abzusetzen sind, jedoch nachfolgende Vorlagen als Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt sowie einer außerplanmäßigen Aufwendung/ Auszahlung im Ergebnishaushalt für die Erarbeitung der Grundlagen für die Bedarfsabfrage des Ministeriums der Finanzen Sachsen-Anhalt für Schule/ Turnhallen und Kitas in der 2. Tranche Stark III im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: VI/2014/00017

Es lagen zum Dringlichkeitsantrag keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00017 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Dringlichkeitsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.4** behandelt.

Zur Vorlage

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung einschließlich Zuständigkeitsordnung
Vorlage: VI/2014/00013

schlug **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** vor, diese Angelegenheiten zuerst im Hauptausschuss zu beraten. Die Verwaltungsspitze hatte die Fraktionsvorsitzenden zu diesem Thema eingeladen. Es gäbe noch unterschiedliche Auffassungen in einzelnen Details und man habe versucht, dies in der Antwort der Verwaltung deutlich zu machen, so dass dringender Redebedarf diesbezüglich besteht.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Rechtsamt, wird die Vorbereitungen dazu treffen und die Verwaltung wird die Änderungen der Hauptsatzung, insbesondere im Hinblick auf den Ausschuss für Personalangelegenheiten und für den städtebaulichen Entwicklungsausschuss entsprechend vorbereiten.

Er merkte weiter dazu an, dass die Verwaltung mit den grundsätzlichen Änderungen einverstanden sei, jedoch die aufgetretenen Unstimmigkeiten im Hauptausschuss diskutiert werden sollten.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion, stellte fest, dass mit dem Antrag beabsichtigt sei, dass die Verwaltung eine Vorlage zur rechtzeitigen Beratung im Hauptausschuss und im Stadtrat vorlegt.

Die Beschlussfassung zur Hauptsatzungsänderung soll im Stadtrat im September 2014 erfolgen. Aus diesem Grund sei eine dringliche Beratung notwendig und er bat darum, die Dringlichkeit zu unterstützen und entsprechend heute den Beschluss zu fassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass er einen Dringlichkeitsantrag und die Beschlussfassung nicht für erforderlich halte, sicherte aber die von Herrn Bönisch vorgeschlagene Verfahrensweise zu.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00013 mehrheitlich zugestimmt

Damit wird die Dringlichkeitsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.2** behandelt.

Zum Dringlichkeitsantrag

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches
Vorlage: V/2014/12736

lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: V/2014/12736 mehrheitlich zugestimmt

Damit wird die Dringlichkeitsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.3** behandelt.

Weiterhin informierte **Herr Lange** über nachfolgende Ergänzungen zur Tagesordnung:

6.2 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2014/12830

Hierzu wurde die Aktualisierung des Beschlussvorschlages verteilt.

6.3 Neubesetzung von Aufsichtsgremien nach der Kommunalwahl 2014

Vorlage: V/2014/12927

Hierzu wurden weitere Unterlagen verteilt.

Die Verwaltung zieht den Punkt 17 in der Beschlussvorlage zur Saalesparkasse und dem Verwaltungsrat zurück, da noch Klärungsbedarf besteht.

10.1 Information zur weiteren Verfahrensweise zur Realisierung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen

Hierzu wurden die Unterlagen nachgereicht.

10.2 Mitteilung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Behandlung von „Hochwasserhilfen im Haushalt“ V/2014/12817

Hierzu wurden die Unterlagen zur Sitzung verteilt.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion, meldete seinen Widerspruch dahingehend an, dass die Verwaltung den Punkt 17 der Beschlussvorlage zum TOP 6.3 zurückzieht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.06.2014
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse
Vorlage: V/2014/12941
 - 6.2 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12830
 - 6.3 Neubesetzung von Aufsichtsgremien nach der Kommunalwahl 2014
Vorlage: V/2014/12927
 - 6.4 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt sowie einer außerplanmäßigen Aufwendung/ Auszahlung im Ergebnishaushalt für die Erarbeitung der Grundlagen für die Bedarfsabfrage des Ministeriums der Finanzen Sachsen-Anhalt für Schule/ Turnhallen und Kitas in der 2. Tranche Stark III im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: VI/2014/00017
7. Wiedervorlage
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 04.03.2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27.05.2014
Vorlage: V/2014/12933
 - 8.2 Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung einschließlich Zuständigkeitsordnung
Vorlage: VI/2014/00013
 - 8.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches
Vorlage: V/2014/12736
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Mitteilungen

- 10.1 Information zur weiteren Verfahrensweise zur Realisierung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen
- 10.2 Mitteilung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Behandlung von „Hochwasserhilfen im Haushalt“ V/2014/12817
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2014

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass aufgrund der Kürze der Zeit die Niederschriften der Stadtratssitzung vom 25.06.2014 noch nicht vorliegen und in der Septembersitzung des Stadtrates verabschiedet werden.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.06.2014

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 25.06.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2014/12852

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss über die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2013/2014 zu fassen:

„Die BRV AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Sachsen-Anhalt in Halle (Saale), wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle gewählt.“

Vergabebeschluss: FB 37-L-01/2014: Lieferung von 4 Stück Rettungswagen entsprechend EN 1789 für den Rettungsdienstbereich Halle (Saale) und den nördlichen Saalekreis
Vorlage: V/2014/12660

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma System Strobel GmbH & Co. KG aus Aalen-Wasseralfingen mit einer Bruttosumme von 490.822,16 € den Zuschlag zur Lieferung von 4 Rettungswagen zu erteilen.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass die Verwaltung momentan dabei sei, für das Multimediazentrum in einer Arbeitsgruppe ein Entwicklungskonzept zur Optimierung zu erstellen. Daneben laufe der Wiederaufbau durch die Fluthilfe planmäßig. Ähnlich wie beim Technologie- und Gründerzentrum soll die Möglichkeit eingeräumt werden, die Mieter stärker zur Beantragung von Fördermitteln zu beraten. Dadurch könnte eine stärkere Auslastung und bessere Wirtschaftlichkeit erzielt werden. Es ist vorgesehen, das Konzept im Dezember 2014 durch die Arbeitsgruppe vorzulegen.

Zum Künstlerhaus 188 informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Klageeinreichung der HAVAG und die Prüfung der Verschiebung des Gebäudes um elf Meter nach hinten. Die Planungsaufträge zur Ermittlung der Kosten der Verschiebung wurden erteilt. Die Ergebnisse stehen zurzeit noch aus, eine Unterrichtung des Stadtrates erfolgt umgehend nach Eingang.

Zum Gimritzer Damm teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das Landesamt für Hochwasserschutz vier Varianten betrachtet und diese dem Landesverwaltungsamt im Rahmen der Genehmigungsentscheidung vorgelegt habe. Die Vorzugsvariante sei immer veröffentlicht worden und betreffe die Linienführung entlang der Halle-Saale-Schleife als kombinierte Wand-Deich-Lösung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte in Bezug auf die Flutmittel darüber, dass es keine Veränderungen seit seiner letzten Berichterstattung gäbe. Die Stadt habe bisher 20 Mio. Euro erhalten. Es seien weitere Absprachen zwischen der Verwaltung und den Genehmigungsbehörden, der IB-Bank und dem Landesverwaltungsamt erforderlich. Der Betrag werde sich diesbezüglich noch erhöhen.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf einen Bericht in der Mitteldeutschen Zeitung zur Einreichung und Umsetzung der Flutmittel hin, welcher darstellt, dass die Stadt Halle bei dieser Thematik an letzter Stelle liege. Diese Berichterstattung sei nicht korrekt. Darauf hat das Landesverwaltungsamt ausdrücklich hingewiesen.

Zur Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft STAR-Park wurde im Hauptausschuss über eine Personalie diskutiert, welche nicht verwirklicht werden konnte. Es kam zu keinem Vertragsabschluss, da die Forderungen für den Konzern Stadt letztendlich nicht finanzierbar waren.

Die Verwaltung habe vor, im September 2014 eine entsprechende Satzung im Stadtrat vorzulegen und zu diskutieren, wie künftig Genehmigungen und Ansiedlungen über die Ansiedlungs GmbH umgesetzt werden könnten.

Im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters soll die Bestandspflege im Dienstleistungszentrum Wirtschaft stattfinden, ebenso wie die Ankopplung zur Ansiedlungs GmbH im Rahmen eines Flächenmanagements.

Anhand einer Übersicht machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Abgrenzung zum Stadtmarketing im Hinblick auf Tourismus deutlich. Weiterhin würden die Aufgaben der Ansiedlungs GmbH im Rahmen von Standortmarketing und Ansiedlungsakquise dargestellt. Ebenso wie die Aufgaben des Dienstleistungszentrums im Rahmen der Bestandspflege der Unternehmen und auch die Standortentwicklung.

Des Weiteren werde die Abgrenzung zum wissenschaftlichen Bereich im Fachbereich Wissenschaft dargestellt.

Zur Entschädigungssatzung der Stadträte informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über einen weiteren Hinweis vom Landesverwaltungsamt. Er machte den Vorschlag, dieses Thema wieder aufzugreifen und darüber zu diskutieren. Herr Paulsen, Grundsatzreferent, werde dafür zur Verfügung stehen, die Interessen der Stadt entsprechend zu vertreten.

In diesem Zusammenhang zitierte er die Mitteilung des Landesverwaltungsamtes: „Die mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 26.09.2012 beschlossene Entschädigungssatzung entspricht hinsichtlich der Regelungen zum Sitzungsgeld für die Mitglieder des Stadtrates und der sachkundigen Einwohner nicht der geltenden Erlasslage. Insoweit bitte ich, bis zum 07.08.2014 um Mitteilung, ob eine Anpassung der Entschädigungssatzung an die aktuelle Erlasslage durch entsprechende Beschlussfassung erfolgen wird, da andernfalls, wie aus den bisherigen Schriftwechseln bereits erkennbar ist, eine Beanstandung des Beschlusses erfolgen wird.“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bot eine gemeinsame Aufarbeitung an, um in den Diskussionen die Lücke, welche sich ausschließlich auf das Sitzungsgeld bezieht, zu schließen.

In Bezug auf die Eissporthalle gab **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Hinweis, im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung ausführlich darüber zu berichten.

Er führte kurz aus, dass ein Beschluss des Landgerichtes im Hinblick auf die Berichterstattung zum Zeitwert der Halle vorliege. Die Entscheidung der außerordentlichen Kündigung, die vom Verein ausgesprochen wurde, stehe noch aus. Der Heimfall des Grundstückes und des Erbbaurechtes werden derzeit weiter geprüft.

Des Weiteren machte er darauf aufmerksam, dass die Antragsberechtigung für Flutmittel nach den Richtlinien grundsätzlich beim Verein liege und nicht bei der Stadt. Insoweit habe die Verwaltung eine Bevollmächtigung des Vereins erhalten, um die Antragstellung vorzunehmen.

Weiterhin gäbe es Grundbuchbelastungen der Fiba und der Saalesparkasse. Informationen dazu werden durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand und Herrn Bürgermeister Geier im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gegeben.

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über einen sogenannten Pacht- und Geschäftsbesorgungsvertrag aus dem Jahr 2010, welcher zwischen dem Eissporthallen e. V. und der Eissporthallenbetriebsgesellschaft abgeschlossen wurde. In diesem sei eine Option für fünf Jahre mit einer dreimaligen Verlängerung festgeschrieben. Das Optionsrecht sei bereits ausgesprochen und verlängert bis zum 22. Juni 2020.

Bezugnehmend auf das Gasometer und das Planetarium informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass die Verwaltung im September 2014 eine Vorlage zur Standortfrage im Stadtrat zur Beratung vorlegen will.

Bezüglich der von den Stadträten eingereichten Widersprüche zu Beschlüssen des Stadtrates teilte er mit, dass klare Aussagen des Landesverwaltungsamtes dahingehend vorlägen, dass zum Beispiel der Internetauftritt der Stadt und interne Beratungen sowie die Ergebnisse von Klausurtagungen in Vorbereitung des Haushaltes im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters liegen.

Das Landesverwaltungsamt habe in beiden Fällen die Beschlüsse beanstandet mit der Begründung, dass in die Kompetenzen des Oberbürgermeisters eingegriffen werde. Er plädierte dafür, die Verfügung des Landesverwaltungsamtes abzuwarten und sich dann gemeinsam darüber zu verständigen.

Zum Thema Riebeckplatz führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass es keine Veränderungen gäbe. Momentan werde ein Beteiligungsverfahren in Form eines großen Architektenwettbewerbes durchgeführt. Die Ergebnisse werden rechtzeitig bekannt gegeben.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse Vorlage: V/2014/12941

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, machte darauf aufmerksam, dass über die Beschlussvorlage im Block abgestimmt werden kann, soweit kein Widerspruch angezeigt wird.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion, merkte an, dass ihm keine namentliche Aufstellung der Ausschussmitglieder vorliege und bat darum, dass die Namen der vorgeschlagenen Ausschussmitglieder innerhalb der Präsentation angezeigt werden.

Auf Hinweis von **Herrn Bönisch** wurde die Beschlussvorlage um den zeitweiligen Ausschuss für Personalbedarfsplanung ergänzt und die Fraktionen teilten ihre Besetzungsvorschläge dazu mündlich mit.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

- I. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Ausschusses für Personal- und allgemeine Angelegenheiten einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform** (Hauptausschuss).

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Frau Dr. Annegret Bergner Herr Bernhard Bönisch Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Bodo Meerheim Herr Hendrik Lange Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Johannes Krause Frau Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Herr Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Helmut-Ernst Kaßner	Fraktion Alternative für Deutschland

- II. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF** (Vergabeausschuss).

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Ulrich Peinhardt Herr Frank Sängler Herr Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Manuela Plath Herr Rudenz Schramm Herr Thomas Schied	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Johannes Krause Herr Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Dietmar Weirich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Herr Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Helmut-Ernst Kaßner	Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: **Herr Johannes Krause**

- III. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften** (Finanzausschuss).

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr André Cierpinski Herr Andreas Hajek Herr Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Bodo Meerheim Herr Swen Knöchel Frau Mauela Plath	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Johannes Krause Frau Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Herr Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Markus Klätte	Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: **Herr Dr. Bodo Meerheim.**

IV. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.**

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Harald Bartl Herr André Cierpinski Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Elisabeth Nagel Herr René Trömel Frau Anja Krimmling-Schoeffler	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Kay Senius Herr Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Herr Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Herr Helmut-Ernst Kaßner Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: **Herr Denis Häder.**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Herr Lothar Dieringer CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Mark Lange

Herr Frank Rösler DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle
Herr Dirk Gernhardt (Saale)

Frau Susanne Krohn SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Igor Matviyets

Herr Steffen Ahrens Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der
Stadt Halle (Saale)

Herr Martin Bauersfeld Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

V. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Bildungsausschusses.**

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 10 sachkundigen Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Harald Bartl CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Schachtschneider
Frau Dr. Ulrike Wünscher

Herr Hendrik Lange DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle
Herr René Trömel (Saale)
Frau Josephine Jahn

Herr Dr. Karamba Diaby SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Kay Senius

Frau Melanie Ranft Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der
Stadt Halle (Saale)

Herr Denis Häder Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Herr Helmut-Ernst Kaßner Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzende wird vorgeschlagen: **Frau Melanie Ranft.**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Frau Cathleen Stahs CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Herr Ralf-Jürgen Kneissel
N.N.

Herr Andreas Slowig
Herr Bertold Marquardt
Schülerrat

DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle
(Saale)

Frau Annika Seidel-Jähmig
Herr Torsten Schiedung

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Herr Torsten Bau

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der
Stadt Halle (Saale)

Herr Andre Scherer

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

VI. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des
Rechnungsprüfungsausschusses.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen
Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den
Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Eberhard, Doege
Herr Andreas Hajek
Herr Ulrich Peinhardt

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Frau Marion Krischok
Herr Thomas Schied
Frau Manuela Plath

DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle
(Saale)

Herr Bernward Rothe
Herr Klaus Hopfgarten

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Herr Dietmar Weirich

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der
Stadt Halle (Saale)

Frau Yvonne Winkler

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Frau Gisela Wagner

Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzende wird vorgeschlagen: **Frau Marion Krischok.**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Herr Klaus Hänsel
Herr Mario Schaaf

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Herr Hartmut Büchner
Frau Renate Krimmling

DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle
(Saale)

Herr Chris Rüdrich Herr Tobias Neumann	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Herr Carsten Hoheisel	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

VII. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses**.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Bernhard Bönisch Herr Andreas Schachtschneider Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Ute Haupt Herr Marcel Kieslich Herr Thomas Schied	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Bernward Rothe Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Frau Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Frau Gisela Wagner	Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzende wird vorgeschlagen: **Frau Ute Haupt.**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Herr Manfred Czock Frau Susanne Willers	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Jan Röttschke Herr Dr. Tarik Ali	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Felix Peter Frau Satenik Roth	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Elisabeth Krausbeck	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Frau Annette Wunderlich	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

VIII. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Sportausschusses**.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 9 sachkundigen Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr André Cierpinski Herr Andreas Hajek Herr Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Ute Haupt Frau Katja Müller Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Fabian Borggrefe Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Frau Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Frau Gisela Wagner	Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: **Herr Fabian Borggrefe.**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Herr Jan Christoph Rödel Herr Stefan Schmidt N.N.	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Rüdiger Eittingshausen Herr Sten Meerheim	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Andrej Stephan Herr Jonas Liebing	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Dennis Hellmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Herr Mario Kerzel	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

IX. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des

Kulturausschusses.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Frau Dr. Annegret Bergner Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Erwin Bartsch Herr Rudenz Schramm Frau Katja Müller	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Dr. Detlef Wend Herr Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Frau Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Markus Klätte	Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzende wird vorgeschlagen: **Frau Dr. Annegret Bergner**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Herr Olaf Schöder Herr Christian Kenkel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Sarah Heinemann Herr Martin Bochmann	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Dr. Günter Kraus Frau Gertrud Ewert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Ulrike Rühlmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Frau Elke Schwabe	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

-
- X. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Ausschusses für Planungsangelegenheiten.**

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den

Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Dr. Michael Lämmerhirt Herr Frank Sänger Herr Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Swen Knöchel Frau Anja Krimmling-Schoeffler Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Eric Eigendorf Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Frau Yvonne Winkler	Fraktion MitBURGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Markus Klätte	Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: **Herr Dr. Michael Lämmerhirt**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Frau Anja Waas Herr Ingo Kautz	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Henning Lübbers Herr Alexander Keck	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Marcel Dorrer Herr Bernd Voigtländer	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Dr. Hendrik Helbig	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Herr Manfred Sommer	Fraktion MitBURGER für Halle - NEUES FORUM

XI. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des **Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten**.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Christoph Bernstiel Herr Eberhard Doege Herr Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Marcel Kieslich Frau Josephine Jahn	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)

Frau Marion Krischok

Herr Dr. Rüdiger Fikentscher
Herr Gottfried Koehn

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Frau Ann-Sophie Bohm-
Eisenbrandt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der
Stadt Halle (Saale)

Frau Yvonne Winkler

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Frau Gisela Wagner

Fraktion der Alternative für Deutschland

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: **Herr Andreas Scholtyssek.**

Als sachkundige Einwohner werden vorgeschlagen:

Herr Stefan Schulz
Herr Werner Misch

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Frau Frigga Schlüter-Gerboth
Herr Hans-Jürgen Krause

DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle
(Saale)

Herr Lars Juister
Herr Stefan Busse

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Herr Fabian Eicker

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der
Stadt Halle (Saale)

Frau Dr. Regina Schöps

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

XII. Der Stadtrat bestätigt die von den Fraktionen vorgeschlagene Besetzung des
Ausschusses für Personalbedarfsplanung.

Dieser Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen und Stadträten.

Als stimmberechtigte Mitglieder werden folgende Stadträtinnen und Stadträte von den
Fraktionen vorgeschlagen:

Herr Christoph Bernstiel
Herr Eberhard Doege
Herr Gernot Töpfer

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Frau Elisabeth Nagel
Herr Swen Knöchel
Frau Marion Krischok

DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle
(Saale)

Herr Johannes Krause
Herr Bernward Rothe

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Herr Wolfgang Aldag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der
Stadt Halle (Saale)

Herr Tom Wolter

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Als Ausschussvorsitzender wird vorgeschlagen: **Herr Gernot Töpfer**

**zu 6.2 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12830**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, merkte an, dass die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses per offener Wahl zu bestimmen sind und die Fraktionen 9 stimmberechtigte Mitglieder vorschlagen konnten. Mit der Wahl werden die Vertreter und die Stellvertreter bestimmt und demzufolge müsse ein Paar gewählt werden.

Die Bestimmung der Mitglieder der anerkannten Träger der Jugendhilfe erfolgte in geheimer Wahl. Dabei wurden 6 stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter als Paar gewählt.

Zur Auszählung der Stimmen legte der Stadtrat eine Pause von 30 Minuten ein.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Wahlergebnis bekannt.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

B.-Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt
1 Enthaltung

B.-Punkt 2: per geheimer Wahl
Frau Beate Gellert/ Herr Christof Starke
→ 28 Ja-Stimmen

Herr Uwe Kramer/ Frau Dorothee Fischer
→ 42 Ja-Stimmen

Frau Kerstin Köferstein/ Herr Clemens Raudith
→ 31 Ja-Stimmen

Frau Helga Schubert/ Herr Thomas Heinicke
→ 26 Ja-Stimmen

Herr Jörg Rommelfanger/ Frau Ines Schliebs
→ 25 Ja-Stimmen

Frau Sylvia Plättner/ Frau Karin Leonhardt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wählt gemäß § 71 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII i.V. m. § 4 Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KJHG-LSA) und § 4 der Satzung des Fachbereiches Bildung der Stadt Halle (Saale) vom 29.05.2013 **insgesamt 15** stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren jeweilige Stellvertreter/-innen wie folgt:

1. Der Stadtrat **wählt** aus den nachfolgenden Vorschlägen der Fraktionen **9** stimmberechtigte Mitglieder und die dazu benannten Stellvertreter/-innen entsprechend ihrer Sitzanteile für den Jugendhilfeausschuss.

Mitglied (Name, Vorname)	Vorschlag von Fraktion	stellvertretendes Mitglied (Name, Vorname)	Vorschlag von Fraktion
Katja Raab	CDU/FDP Stadtrats- fraktion Halle (Saale)	Tobias Fischer	CDU/FDP Stadtrats- fraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtrats- fraktion Halle (Saale)	Tobias Kühne	CDU/FDP Stadtrats- fraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtrats- fraktion Halle (Saale)	Petra Tomczyk-Radji	CDU/FDP Stadtrats- fraktion Halle (Saale)
René Trömel	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)	Josephine Jahn	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)	Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Dr.med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)	Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)	Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM	Kathrin Westphal	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

2. Der Stadtrat **wählt** aus den nachfolgenden Vorschlägen der in der Stadt Halle (Saale) wirkenden und anerkannten Träger der Jugendhilfe **6** stimmberechtigte Mitglieder und die dazu benannten Stellvertreter/-innen für den Jugendhilfeausschuss.

Mitglied (Name, Vorname)	Träger	Stellvertreter (Name, Vorname)	Träger
Beate Gellert	Kinder- und Jugendhaus e.V.	Christof Starke	Friedenskreis e.V.
Uwe Kramer	Landesjugendpfarramt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Dienstort „Villa Jühling“ e.V.	Dorothee Fischer	„Villa Jühling“ e.V.
Kerstin Köferstein	Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V.	Clemens Raudith	Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V.
Helga Schubert	DRK- Kreisverband Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.V.	Tobias Heinicke	DRK -Kreisverband Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.V.
Jörg Rommelfanger	Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt GmbH	Ines Schliebs	Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt GmbH
Sylvia Plättner	AWO Regionalverband Halle-Merseburg e.V.	Karin Leonhardt	AWO Regionalverband Halle-Merseburg e.V.

zu 6.3 Neubesetzung von Aufsichtsgremien nach der Kommunalwahl 2014
Vorlage: V/2014/12927

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass die Sitze für den Stiftungsvorstand St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale) entsprechend gewählt werden müssen und auch eine Wahl für das Kuratorium der Stiftung Händel-Haus zu erfolgen habe. Wenn es keinen Widerspruch gibt, seien offene Wahlen möglich.

Zum Verwaltungsrat der Saalesparkasse teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Saalekreis und der Stadt Halle (Saale) abgeschlossen wurde. Darin sei im § 2 festgelegt, dass der Verwaltungsrat der Sparkasse 21 Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden haben soll. Im Zuge der Neuwahl des Verwaltungsrates der Sparkasse nach den Kommunalwahlen im Jahr 2014 soll

die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder auf 15 reduziert werden.

Von der Saalesparkasse habe es eine schriftliche Mitteilung dahingehend gegeben, den Verwaltungsrat mit 15 Mitgliedern zu besetzen, jedoch ergeben sich durch das Wort „soll“ Möglichkeiten des Spielraumes.

Da die Vereinbarung von der Stadt Halle (Saale) und dem Saalekreis abgeschlossen wurde, müssten sich beide Parteien daran halten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, mit dem Saalekreis Gespräche zu führen, ob 21 Mitglieder im Verwaltungsrat der Saalesparkasse belassen werden sollten. Wenn die Soll-Bestimmung entsprechend ausgelegt werde, müsse die öffentlich-rechtliche Vereinbarung nicht geändert werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, begrüßte den Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister, Abstimmungsgespräche über die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder mit dem Saalekreis zu führen.

In Bezug auf den Verwaltungsrat der Saalesparkasse teilte **Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion**, mit, dass die Vertretung der Stellvertretergruppe 2 durch die CDU/FDP-Fraktion erfolgen sollte. Er verwies darauf, dass laut Sparkassengesetz für jede Gruppe einzeln die Wahl durchzuführen sei und seine Fraktion immer den ersten Zugriff hätte. In diesem Zusammenhang bat er um Berücksichtigung bei der Erstellung einer neuen Vorlage.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

B.-Punkt 2: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

B.-Punkte 3 und 4: zugestimmt

Anmerkungen:

Punkt 17 der Anlage von Verwaltung zurückgezogen.

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wählt gemäß § 6 Abs. 1 der Stiftungssatzung Frau Hanna Haupt ab dem 26.08.2014 in den Stiftungsvorstand der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale).

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wählt gemäß § 6 Abs. 1 der Stiftungssatzung Herrn Christian Kirchert in den Stiftungsvorstand der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale).

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wählt gemäß § 9 Abs. 1 1.) der Stiftungssatzung Frau Dr. Annegret Bergner in das Kuratorium der Stiftung Händel-Haus.
3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt zu den übrigen städtischen Beteiligungen die Neubesetzung der Aufsichtsgremien nach Maßgabe der Anlage.

4. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, für die Neubesetzung der Aufsichtsgremien von kommunalen Unternehmen in Privatrechtsform, von Stiftungen, von Anstalten des öffentlichen Rechts und von Eigenbetrieben alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben.

Anlage

1. Bäder Halle GmbH (BHG)

Aufsichtsgremium	Beirat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Werner Misch
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Elisabeth Nagel
SPD-Fraktion Stadt Halle	Fabian Borggrefe

2. BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) (BMA)

Aufsichtsgremium	Verwaltungsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Bernhard Bönisch
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Andreas Scholtyssek
Fraktion DIE LINKE. – Die PARTEI	Swen Knöchel
SPD-Fraktion Stadt Halle	Katharina Hintz
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Dr. Inés Brock

3. EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) (EB ZGM)

Aufsichtsgremium	Betriebsausschuss
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	N.N.
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	N.N.
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Rudenz Schramm
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Manuela Plath
SPD-Fraktion Stadt Halle	Klaus Hopfgarten
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Wolfgang Aldag

4. Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) (EFA)

Aufsichtsgremium	Betriebsausschuss
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Bernhard Bönisch
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	René Trömel
SPD-Fraktion Stadt Halle	Bernward Rothe
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Christian Feigl

5. Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	André Cierpinski
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Michael Sprung
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Elisabeth Nagel
SPD-Fraktion Stadt Halle	Katharina Hintz
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Bernhard Bystron

6. EVH GmbH (EVH)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	André Cierpinski
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Andreas Hajek
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Hubert Gabrysch
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Swen Knöchel
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Rudenz Schramm
SPD-Fraktion Stadt Halle	Johannes Krause
SPD-Fraktion Stadt Halle	Eric Eigendorf
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Christian Feigl
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	Ulrich Luppe

7. Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin (FHO)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Christoph Bernstiel
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Marcel Kieslich

8. GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Andreas Schachtschneider
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Gernot Töpfer
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Dr. Bodo Meerheim
SPD-Fraktion Stadt Halle	Kay Senius
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Sebastian Kranich

9. Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Ulrich Peinhardt
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Anja Krimmling-Schoeffler

SPD-Fraktion Stadt Halle
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Dr. Detlef Wend
Wolfgang Aldag

10. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Frank Sänger
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Michael Sprung
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Ute Haupt
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Elisabeth Nagel
SPD-Fraktion Stadt Halle	Johannes Krause
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Christian Feigl
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	Manfred Sommer

11. Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Christoph Bernstiel
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Werner Misch
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Hendrik Lange
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Elisabeth Nagel Manuela Plath
SPD-Fraktion Stadt Halle	Gottfried Koehn
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Melanie Ranft
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	Matthias Weiland

12. Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) (KITA)

Aufsichtsgremium	Betriebsausschuss
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Dr. Annegret Bergner
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Andreas Scholtyssek
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Josephine Jahn
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Thomas Schied
SPD-Fraktion Stadt Halle	Eric Eigendorf
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt

13. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Ulrich Peinhardt

14. MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH (MMZ)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Dr. Ulrike Wünscher
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Marion Krischok
SPD-Fraktion Stadt Halle	Dr. Rüdiger Fikentscher

15. Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale (PRS)**Keine personellen Veränderungen**

Die Mitglieder des Stiftungsrates sind wirksam bestellt bis:

Gernot Töpfer	(27. Februar 2013 – 26. Februar 2018)
Ute Haupt	(26. September 2012 – 25. September 2017)
Dr. Detlef Wend	(19. September 2010 – 18. September 2015)

16. Stadion Halle Betriebs GmbH (SHBG)

Aufsichtsgremium	Beirat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Andreas Hajek
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Rüdiger Ettingshausen
SPD-Fraktion Stadt Halle	Dr. Karamba Diaby
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Melanie Ranft

17. Saalesparkasse (SSK)

Aufsichtsgremium	Verwaltungsrat
<u>Gruppe 1 (dem Stadtrat zugehörige Personen)</u>	
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	N.N.
Fraktion DIE LINKE. — Die PARTEI	Hendrik Lange
SPD	Gottfried Koehn
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Dietmar Wehrich
<u>Gruppe 2 (nicht dem Stadtrat zugehörige Personen)</u>	
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	N.N.
Fraktion DIE LINKE. — Die PARTEI	Rüdiger Ettingshausen
<u>Stellvertreter Gruppe 1</u>	
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	N.N.
<u>Stellvertreter Gruppe 2</u>	
Fraktion DIE LINKE. — Die PARTEI	Marion Krischok / Renate Krimmling

18. Stadtwerke Halle GmbH (SWH)

Aufsichtsgremium	Aufsichtsrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Eberhard Doege
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Andreas Scholtyssek
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Dr. Bodo Meerheim
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Elisabeth Nagel
SPD-Fraktion Stadt Halle	Johannes Krause
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Dietmar Wehrich

19. TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH (TGZ)**Aufsichtsgremium****Aufsichtsrat**

CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Dr. Michael Lämmerhirt
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Bertold Marquardt
SPD-Fraktion Stadt Halle	Kay Senius

20. Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (TOOH)**Aufsichtsgremium****Aufsichtsrat**

CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Dr. Ulrike Wünscher
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Rudenz Schramm
SPD-Fraktion Stadt Halle	Dr. Detlef Wend
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Dr. Inés Brock

21. Zoologischer Garten Halle GmbH (ZOO)**Aufsichtsgremium****Aufsichtsrat**

CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Bernhard Bönisch
CDU/FDP-Stadtratsfraktion	Frank Sänger
DIE LINKE/ Die PARTEI Fraktion im Stadtrat	Katja Müller
SPD-Fraktion Stadt Halle	Klaus Hopfgarten
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt

- zu 6.4 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt sowie einer außerplanmäßigen Aufwendung/ Auszahlung im Ergebnishaushalt für die Erarbeitung der Grundlagen für die Bedarfsabfrage des Ministeriums der Finanzen Sachsen-Anhalt für Schule/ Turnhallen und Kitas in der 2. Tranche Stark III im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: VI/2014/00017**

Herr Bürgermeister Geier, informierte darüber, dass ein Schreiben des Finanzministeriums mit dem Hinweis vorliege, dass noch Bedarfe bezüglich Schulen, Turnhallen und Kitas, die bestandssicher sind und bei denen energetische Sanierungen möglich wären, angemeldet werden können. Die Fristsetzung liege beim 30.09.2014.

Die Verwaltung schlage insgesamt 65 Anträge dazu vor, in welche die schon beschlossenen 12 Schulen und 5 Turnhallen eingearbeitet worden sind und die Unterlagen dem Land bereits vorliegen.

Jetzt gehe es darum, von den in Aussicht stehenden 500 Mio. Euro für das Land möglichst viel für die Stadt Halle abzufassen.

Mit der Beschlussfassung soll eine Beauftragung dahingehend erreicht werden, für die Schulen und Kitas, die in Frage kommen, die Unterlagen und Angaben zu erarbeiten, welche für den Antragsvordruck notwendig sind. Dabei handelt es sich nicht um ein Prüfverfahren bzw. die Ermittlung nach HOAI, sondern sei eine Voraufbereitung der Unterlagen und Daten, die das Land zur letztendlichen Beurteilung verlangt.

Da man sich zu dieser Thematik im Zeitdruck befinde, soll die letzte Sitzung vor der Sommerpause für eine Beschlussfassung der finanziellen Mittel genutzt werden, um im Nachgang eine Beauftragung vornehmen zu können.

Bezüglich der Aussage von Herrn Bürgermeister Geier zum Vorliegen der Unterlagen beim Land, merkte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, dass ihm nicht bekannt sei, dass Unterlagen, des unter seiner Trägerschaft stehenden Hortes der Grundschule Hanoier Straße, welcher auch auf der beschlossenen Stark III- Liste steht, beim Finanzministerium vorliegen würden. Er bat um eine Erläuterung des Sachverhaltes.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass die 12 schon im November 2013 beschlossenen Schulen der Vollständigkeit halber mit aufgeführt wurden. Jetzt sollen über diese 12 Schulen hinaus weitere Schulen beantragt bzw. beim Finanzministerium angezeigt werden, um in die möglichst hohe Verteilung der Gelder zu kommen.

Herr Dr. Meerheim war mit der Antwort nicht einverstanden und fragte noch einmal nach, wie die Unterlagen zum Finanzministerium gekommen seien, ohne dass er als Träger darüber informiert wurde. Ihm sei zwar bekannt, dass die Grundschule im Rahmen des Programms Stark III vorgesehen ist, von der Aufführung des Hortträgers hätte er bis jetzt keine Kenntnis. Im Moment gäbe es vom Träger auch noch eine andere Planung. Er regte an, dass die Stadt diesbezüglich auf den Träger zukomme, um in gemeinsamen Gesprächen die weitere Vorgehensweise abzustimmen.

Herr Bürgermeister Geier stimmte dem Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim zu und merkte an, dass erst einmal die Unterlagen vorbereitet worden sind, die für den ersten Teil vom November 2012 notwendig waren.

Zum gleichen Thema führte **Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Fraktion**, seine Bedenken dahingehend an, dass man sich noch nicht abschließend darauf geeignet hatte, wo das neue Gymnasium entstehen soll. Seiner Meinung nach müsse es konkrete Anträge geben, welche er dann auch unterstützen würde.

Laut Aussage von **Herrn Bürgermeister Geier** fehle in dem Fall die Zeit, die Beantragung rechtzeitig abzustimmen, da nur eine kurzfristige Fristsetzung des Finanzministeriums vorliege. Im Moment sei auch noch nicht klar, ob die beantragten Standorte genehmigt werden.

Seiner Meinung nach sollte möglichst viel über das Programm beantragt werden, da es dann die größtmöglichen Chancen gäbe, eine entsprechende Genehmigung zu bekommen.

Zum gleichen Thema fragte **Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion**, nach, weshalb die Grundschule Astrid Lindgren nicht aufgeführt werde, da vorgesehen sei, diese der Auen- schule anzugliedern.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, dass man jetzt die Möglichkeit habe, dem Land alle bestandssicheren und in der Schulnetzplanung im weitesten Sinne enthaltenen Schulen zu melden.

Bei der Astrid Lindgren Schule gäbe es das Problem, dass die beabsichtigte Umlagerung in dasselbe Gebäude wie die Auenschule nicht möglich ist. Es werde jedoch die Nachreichung eines zweiten Teils der Meldung an das Land erfolgen.

Momentan habe die Verwaltung das Ziel, bis zum 30.09.2014 eine Liste aller bestands-sicheren und sanierungswürdigen Schulen zu erstellen. Danach müsse die Frage der Bewilligung und richtigen Antragstellung geklärt werden.

Des Weiteren ergänzte **Herr Beigeordneter Kogge**, dass noch nicht alle in der Schulnetzplanung enthaltenen Gebäude in der vorliegenden Auflistung stehen, weil zuerst alle Standorte gemeldet werden, die bestandsicher sind und die Schulnetzplanung bis zum Jahr 2019/2020 Veränderungen unterliege.

Bis zum 30.09.2014 werde der Bedarf gemeldet, um möglichst den größten Anteil Fördermittel zu bekommen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass aus seiner Sicht die Landesregierung zugesichert habe, dass perspektivisch alle Schulen, die bestandssicher sind, saniert werden sollen. Demnach könne es nicht die letzte Möglichkeit sein, da 500 Mio. Euro nicht ausreichen werden, alle bisher unsanierten und bestandssicheren Schulen im Land Sachsen-Anhalt zu sanieren.

Aus diesem Grund fragte er an, ob es unbedingt notwendig wäre, soviel Planungskosten zu veranlassen, in der Überzeugung, dass die schon beschlossenen 12 Schulen mehr Finanzmittel benötigen, als der Anteil der auf die Stadt entfallen würde.

Unter Umständen würden jetzt damit Kosten ausgelöst, die höchstwahrscheinlich nichts bringen werden für die Stadt, weil die Fördermittel dazu nicht ausreichend seien.

Er halte es für schwierig, jetzt die Schulstandorte festzulegen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Ausführungen von Herrn Schachtschneider zum Neubau eines Gymnasiums, über welches im Stadtrat noch keine Beschlussfassung erfolgte.

Abschließend fragte **Herr Häder** nach, ob es wirklich notwendig sei, weitere Planungskosten für alle Schulen auszulösen, die als bestandsfähig erachtet werden.

Herr Dr. Meerheim sprach sich für die Verwendung der Gelder zu diesem Zweck aus. In der Vergangenheit war man nicht immer ausreichend vorbereitet, um kurzfristige Meldungen zu den verschiedensten Programmen abgeben zu können.

Auch wenn nicht alle Schulen von dem Programm profitieren sollten, hätte man einen Planungsstand, mit dem man bei nachfolgenden Programmen weiter arbeiten könnte.

Aus diesem Grund halte er dieses Vorgehen für sehr vernünftig.

Abschließend merkte er an, dass in den Vorlagen von einem neuen Grundschulzentrum, einem neues Berufsschulzentrum und einem neuen Förderschulzentrum geschrieben werde und er fragte nach, ob man sich damit auf einen Neubau oder eine Sanierung festlegen wolle.

Herr Beigeordneter Kogge verwies darauf, dass Neubauten zurzeit nicht im Planungsbereich seien und es nur um CO₂-Einsparung und Energieeffizienz gehe. Dazu käme noch ein Sonderbereich für Altbauten, welche sanierungsförderungswürdig sind. Jetzt müsse man die Chance ergreifen, erst einmal alle Schulen anzumelden, die bestandsfähig sind.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass auch die Freien Träger aller bestandsfähigen Kindertagesstätten angeschrieben werden, um für diese eine Anmeldung für das Förderprogramm abgeben zu können.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stimmte im Namen seiner Fraktion der Vorgehensweise der Verwaltung zu. Er bat jedoch die Verwaltung darum, die vorgebrachten Bedenken ernst zu nehmen und den Stadträten bis zur nächsten Stadtratssitzung Bericht zu erstatten, wie weit man fortgeschritten ist.

Die angeführten Planungskosten stünden in der Verhältnismäßigkeit dessen, was das Vorhaben begründet und deshalb werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Zum gleichen Thema stellte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fest, dass mit der Vorlage nachgewiesen werde, dass ein Kostenrahmen von 450.000 Euro an Eigenmitteln in Anspruch genommen werden soll. In der Kostenschätzung werde von 450 Objekten gesprochen und er bat die Verwaltung um eine Erläuterung der Kalkulation.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass auf Seite 4 der Unterlagen dargestellt werde, dass 18 Schulobjekte, inklusive Hort, 17 Turnhallen und 13 Kitas in der Summe von 450.000 Euro so vorbereitet werden, dass sie eine Berücksichtigung beim Land finden. Die aufgeführte Summe diene dazu, dass die Stadt alle Angaben machen kann, die in dem Erhebungsbogen des Landes angefordert werden.

Auf die nochmalige Nachfrage durch **Herrn Häder** zur Astrid Lindgren Schule teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass eine Nachprüfung dazu erfolgen wird.

Auf den Hinweis von **Herrn Klätte, Fraktion der Alternative für Deutschland**, dass er nicht nachvollziehen könne, was genau bezahlt werden soll und welche Leistungen dafür erbracht werden, informierte Herr Bürgermeister Geier, dass man dafür die Zahlenbasis des jeweiligen Objektes und eine Zustandsbeschreibung bekomme, welche die Grundlage für den Erhebungsbogen des Landes darstellt.

Abschließend wies **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, darauf hin, dass sich der Bildungsausschuss zeitnah mit dieser Thematik befassen müsse.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung (Finanzhaushalt) im Haushaltsjahr 2014 für die Erarbeitung der Voranträge zur Bedarfsabfrage des Ministeriums der Finanzen Sachsen-Anhalt **für Schulen/ Turnhallen** im Rahmen des Förderprogramms STARK III – 2. Tranche in Höhe von **330.000 EUR** (PSP-Element 8.21101026.700/ SK 78510000).

Die Deckung erfolgt aus Mehreinzahlungen aus Fördermitteln am Vorhaben Ersatzneubau Erdgas-Sportpark in Höhe von **135.700 EUR** (PSP-Element 7.520050.705/ SK 68110000) und Mehreinzahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches in Höhe von **194.300 EUR** (PSP-Element 8.61101001.760/ SK 68111100).

2. Der Stadtrat beschließt den außerplanmäßigen Aufwand/ die außerplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2014 für die Erarbeitung der Voranträge zur Bedarfsabfrage des Ministeriums der Finanzen Sachsen-Anhalt **für Kitas** im Rahmen des Förderprogramms STARK III – 2. Tranche in Höhe von **120.000 EUR** (Produkt 1.36501/ SK 53151300).

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen der Gewerbesteuerumlage in Höhe von **120.000 EUR** (Produkt 1.61101/ SK 53410000).

zu 7 Wiedervorlage

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 04.03.2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27.05.2014 Vorlage: V/2014/12933

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach das Problem der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister an. Dabei gehe es um den Umfang der Mitwirkungsbeteiligungsrechte des Stadtrates, inwieweit eine Meinungsbildung des Stadtrates zu Dingen möglich sei, die in die Kompetenz des Oberbürgermeisters in die Ordnung der Geschäfte der laufenden Verwaltung eingreifen könnte. Als Beispiele dafür nannte er den gemeinsamen Internetauftritt der Volkshochschule und die Darstellung der Unternehmen auf der städtischen Internetseite.

In dem vorliegenden Antrag gehe es darum, eine gerichtliche Klärung zu diesem Thema herbeizuführen, zumal durch das Verfahren für die Stadt keine zusätzlichen Kosten entstehen würden.

Das Klageverfahren werde durch das Rechtsamt geführt und seiner Meinung nach sei die Kommune gerichtskostenbefreit beziehungsweise wird sich das Landesverwaltungsamt durch seine eigenen Juristen vertreten lassen. Die dabei eventuell anfallenden Kosten seien verhältnismäßig gering.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass er die Verfahrensweise für nicht zielführend halte, da die Rechte und Pflichten des Oberbürgermeisters schon jetzt klar definiert seien.

Auch das Landesverwaltungsamt habe hinlänglich entschieden und eine klare Position diesbezüglich dargestellt. In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass es nicht

notwendig sei, wegen einer solchen Bagatelle eine Klage in Kauf zu nehmen, bei welcher die Kosten durch die Stadt zu tragen sind.

Des Weiteren informierte er über den heute eingegangenen Bescheid der Beanstandungsverfügung und zitierte Passagen daraus:

„Gemäß § 63 Absatz 1 Satz 2 GO LSA ist der Bürgermeister für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung.“

Satz 2 beschreibt die Aufgaben des Bürgermeisters als Leiter der Verwaltung.

„Er ist für das Funktionieren, die Einheitlichkeit, die Führung seiner Behörde verantwortlich und besitzt diesbezüglich keinen Fachvorgesetzten.“

Dieser Verantwortlichkeit hat der Gesetzgeber in besonderer Weise dadurch Rechnung getragen, dass er dem Gemeinderat die Kompetenz zur Aufstellung von Richtlinien gegeben hat, von denen die Verwaltung zu Führen und zu Leiten ist.

Die Verantwortung des Bürgermeisters für den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung umfasst auch die Entscheidungsbefugnis für die technische Ausstattung der Verwaltungsgebäude sowie die Einrichtung und Gestaltung von Internetauftritten der Stadt und seiner Einrichtungen.

Der Beschluss des Stadtrates zur Schaffung eines gemeinsamen Internetauftrittes der Kreisvolkshochschule Saalekreis und der Volkshochschule Adolf Reichwein Halle (Saale) greift rechtswidriger Weise in die allein dem Oberbürgermeister zustehenden Befugnisse ein.

Die Beanstandung ist auch verhältnismäßig. Sie ist geeignet und erforderlich, damit hier der Rechtschein beseitigt wird, der vom Stadtrat der Stadt Halle gefasste Beschluss zur Schaffung des gemeinsamen Internetauftrittes sei rechtmäßig und begegne keinen rechtlichen Bedenken. Ein milderer Mittel, das geeignet ist, die Voraussetzungen für die Herstellung rechtmäßiger Zustände zu schaffen, steht nicht zur Verfügung.

Trotz des vom Oberbürgermeister eingelegten Widerspruchs vom 02.04.2014 und der darin aufgeführten Begründung hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 30.04.2014 erneut den Beschluss vom 26.03.2014 bestätigt. Die Beanstandung ist daher zwingend erforderlich.“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass die Rechtsauffassung eindeutig und klar ist und er der Einreichung einer Klage in diesem Fall nicht zustimmen könne.

Herr Häder führte aus, dass es gutes Recht des Stadtrates sei, eine gerichtliche Prüfung zu diesem Sachverhalt vornehmen zu lassen. Im vorliegenden Fall gehe es um die Anschaffung und Aufstellung von 10 Monitoren. Und es müsse geklärt werden, inwieweit es dem Stadtrat möglich sei, Bitten an den Oberbürgermeister heranzutragen. Die momentane Einschränkung der Rechte des Stadtrates halte er für nicht zulässig.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass die Klageeinreichung auch ein Ausdruck des schlechten Klimas zwischen Oberbürgermeister und Stadtrat ist. Deshalb sollte man sich gemeinsam bemühen, keine weiteren Konflikte aufzubauen und aufeinander zuzugehen, denn keiner der Räte verfolge die Absicht, gegen die Verwaltung aufzutreten.

In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass zwar von den Bürgern ein Mitdenken und Mitwirken eingefordert werde, die Ideen der Stadträte aber nicht ausreichend geprüft werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass es um eine klare Zuordnung der Kompetenzen und Zuständigkeiten gehe. Im vorliegenden Fall vertrete er nach wie vor die Auffassung, dass es sich um eine Bagatelle handelt, die keine Aussicht auf Erfolg habe und er der Verpflichtung nachkomme, auf diesen Umstand hinzuweisen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass im Moment durch den Oberbürgermeister Konfliktfelder geschaffen werden, wo es nicht notwendig wäre. Es gäbe viele Beispiele dafür, dass der Stadtrat konkrete Aufträge in die Verwaltung gegeben habe. Dazu führte er die Dringlichkeitsvorlage im TOP 6.4 an, mit dem Hinweis darauf, dass die Verwaltung und der Stadtrat eine gemeinsame Verantwortung haben.

Der Oberbürgermeister sei nicht nur Verwaltungschef, sondern auch Mitglied im Stadtrat und deshalb müsse eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Mit dem Widerspruch des Oberbürgermeisters wurden Kleinigkeiten aufgebauscht und mit dem vorliegenden Antrag soll eine gerichtliche Klärung, auch im Interesse des Oberbürgermeisters, herbeigeführt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte noch einmal den Sachverhalt und führte aus, dass ein Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, auf Beschlussfassung gestellt wurde und er darum gebeten habe, den Antrag zurückzunehmen, da in die Rechte des Oberbürgermeisters eingegriffen werde. Er habe angeboten, die Prüfung auch ohne Beschlussfassung durchführen zu lassen, was von der Fraktion abgelehnt wurde. Damit sei er angehalten und verpflichtet gewesen, dagegen in Widerspruch zu gehen.

Bezugnehmend auf den Beschluss und den Widerspruch zur Gestaltung einer gemeinsamen Homepage der Volkshochschulen äußerte sich **Herr Schachtschneider, CDU-/FDP-Fraktion**, dahingehend, dass Herr Oberbürgermeister hätte auf die Stadträte zugehen können, auch wenn die Angelegenheit verwaltungsintern sei und in die Aufgaben des Oberbürgermeisters eingreife.

Mit dem Klageverfahren werden öffentliche Gelder verwandt, welche anderweitig hätten eingesetzt werden können. Herr Oberbürgermeister könne jetzt noch seinen Widerspruch zurückziehen und abschließende Gespräche für eine gemeinsame Gestaltung der Homepage führen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass es in der jetzigen Diskussion um die Beschlussfassung für die Kulturbildschirme geht und es einfacher wäre, den Beschluss zurück zu nehmen. Dann würde er sofort einer Prüfung zustimmen.

Herr Wolter entgegnete, dass er aufgrund des Hinweises des Oberbürgermeisters, dass keine Rechtsfähigkeit besteht und Kulturwerbung auch im Interesse der Verwaltung liege, jedoch kostenfrei zu erbringen sei, Rücksprache mit seiner Fraktion genommen habe. Daraufhin wurde der Antrag von seiner Fraktion geändert mit der Zielsetzung einer Anregung, was den Oberbürgermeister veranlasste, auf seinen Zuständigkeitsbereich hinzuweisen. **Herr Wolter** merkte an, dass damit sein demokratisches Verständnis von Zusammenarbeit beendet war.

Abschließend führte er aus, dass Kulturwerbung ein gemeinsames Ansinnen im Stadtrat war und Herr Oberbürgermeister einen Vorschlag zur Umsetzung hätte machen können. Damit wäre die Angelegenheit erledigt gewesen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte den Antrag auf Ende der Debatte.

Es lag keine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Feigl vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung auf Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Abschließend bat **Herr Lange** um Abstimmung des Antrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, Klage gegen die Verfügung des Landesverwaltungsamtes vom 04. März 2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. Mai 2014 zu erheben.

Anmerkung:

Dem Widerspruch des Oberbürgermeisters wurde damit nicht stattgegeben.

**zu 8.2 Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur
Änderung der Hauptsatzung einschließlich Zuständigkeitsordnung
Vorlage: VI/2014/00013**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte aus, dass seine Fraktion in den Punkten c) und d) rechtliche Probleme sehe und er stelle den Antrag, einzeln über die Beschlusspunkte abzustimmen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, stimmte Herrn Feigl zu. Seiner Meinung nach wäre die bisherige Regelung nicht verkehrt gewesen. Die jeweiligen Fraktionen hätten sich freiwillig bereit erklärt, den Vertretern aus den Gremien ihre Mandate in Persona zu übertragen. Damit hätten die Fraktionen auch jederzeit das Recht und die Möglichkeit, diese Mandate aufzuheben.

Er bat darum, die alte Regelung mit der freiwilligen Abgabe der Mandate wieder in Kraft treten zu lassen.

Bezüglich der Punkte a) und b) müsse sich auch noch im Hauptausschuss verständigt werden.

Laut den Aussagen von **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, teile seine Fraktion auch die Bedenken zu den Punkten c) und d). Eine Klärung sollte darüber im Hauptausschuss erfolgen. Ebenso stimmte er der bisherigen Regelung in der Hauptsatzung zu dieser Thematik zu.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte als Alternative an, dass jederzeit auch der Ausschuss die Möglichkeit hätte, die Hinzuziehung eines Beratenden Mitgliedes zu beschließen.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion, machte deutlich, dass die Ausführungen in den Punkten c) und d) deutlich machen sollten, was in der Hauptsatzung zu verändern wäre. Er wolle das

Verfahren dahingehend geändert haben, dass der Stadtrat den Stadeltern- und Stadtschülerratsvorsitzenden berufen könne und dies nicht den Fraktionen überlassen bleibe.

Auf Grund der vorangegangenen Diskussion zog **Herr Bönisch** die Beschlusspunkte 1c) und 1d) zurück.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

1.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, rechtzeitig zur Beratung in der Sitzung des Hauptausschusses am 17.09.2014 und zur Beschlussfassung in der Sitzung des Stadtrates am 24.09.2014 den Entwurf einer Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (einschl. Zuständigkeitsordnung) vorzulegen. Dabei sind folgende Vorgaben zu berücksichtigen:

- a) Es soll ein „Ausschuss für Stadtentwicklung“ als ständiger beratender Ausschuss eingerichtet werden, mit 11 Mitgliedern und 6 sachkundigen Einwohnern.
- b) Es soll ein „Ausschuss für Personalangelegenheiten“ als ständiger beschließender Ausschuss eingerichtet werden, mit 11 Mitgliedern. Diesem Ausschuss sollen die Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten zugeordnet werden, die bisher dem Hauptausschuss zugeordnet sind. Darüber hinaus werden diesem Ausschuss die Zuständigkeiten zugeordnet, welche bisher dem zeitweiligen Ausschuss für Personalbedarfsplanung zugeordnet sind.
Die übrigen Zuständigkeiten des Hauptausschusses bleiben unverändert.

~~c) Im Bildungsausschuss werden die Vorsitzenden von Stadelternrat und Stadtschülerrat als Sachkundige Einwohner berufen. Daneben berufen die Fraktionen 8 weitere Sachkundige Einwohner.~~

~~d) Im Sportausschuss wird der Geschäftsführer des Stadtsportbundes als Sachkundiger Einwohner berufen. Daneben berufen die Fraktionen 8 weitere Sachkundige Einwohner.~~

Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung gebeten, auch alle Änderungen einzuarbeiten, die aus den Veränderungen in der Gesetzgebung des Landes (GO zu KVG LSA) folgen.

2.

Die Stadtverwaltung wird gebeten, gleichzeitig eine Beschlussvorlage zu erarbeiten zur Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates zur Einsetzung des zeitweiligen „Ausschusses für Personalbedarfsplanung“.

Anmerkung:

Beschlusspunkte 1c und 1d vom Antragsteller zurückgezogen

**zu 8.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum künftigen Standort der Eissporthalle und dem Verlauf des Hochwasserschutzdeiches
Vorlage: V/2014/12736**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass die Fragestellung zum künftigen Standort der Eissporthalle momentan noch von der Antragsberechtigung geprägt wird. Es sei noch in der Prüfung, ob die Stadt den Antrag stellen kann.

Aus den Unterlagen werde deutlich und wird auch vom Verein vertreten, dass nicht die Stadt antragsberechtigt sei, sondern der Verein zum Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses. Dies sehen auch die Richtlinien in der Hochwasserflutmittelanlage vor. Dabei spreche dieser Punkt momentan noch gegen die Beschlussempfehlung.

Darüber hinaus habe er auch schon deutlich gemacht, dass der Landesbetrieb vier Varianten zur Deichführung geprüft hat. Der Direktor des Landesbetriebes habe diesbezüglich die Varianten noch einmal dargestellt und sämtliche Prüfungen beim Landesverwaltungsamt eingereicht.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, ob es richtig sei, dass die Pächter der Eissporthalle die Schäden jetzt selbst anmelden müssten, im Gegensatz zum Verein des Tennisclubs auf der Peißnitz, wo die Stadt die durchführende Stelle des Verfahrens ist.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass es sich bei dem Tennisclub am Sandanger um ein Pachtverhältnis handelt, währenddessen die Flutmittelrichtlinie abstellt auf Eigentumsposition und auf Erbbauberechtigung. Insoweit würden sich die beiden Fälle unterscheiden.

Weitere Fragen zu Vereinsnennungen werde er im nicht öffentlichen Teil beantworten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bat um Mitteilung der Unterscheidung zwischen Pacht und Erbbaupacht, da in jedem Fall die Stadt Halle bei beiden Grundstücken Eigentümer sei.

In Bezug auf die Vorlage äußerte er seine Zustimmung zur Vorlage, da im nicht öffentlichen Teil eine Vorlage eingebracht werde, die den Anstoß zur Heilung der Situation gäbe. Er sehe keinen Grund, dem vorliegenden Beschluss nicht zuzustimmen.

Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass im Stadtrat deutlich gesagt wurde, dass dem Liquidator, Herrn Weichler, die volle Unterstützung des Stadtrates gewährt wird.

Auf die Nachfrage von **Herrn Bönisch, CDU/FDP-Fraktion**, wer Geschädigter des Flutschadens an der Eissporthalle sei, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass zurzeit eine Prüfung dahingehend erfolge, wem die Antragsberechtigung gehört. Die Verwaltung habe Signale bekommen, dass die Stadt nicht unmittelbar antragsberechtigt sei, es jedoch Hinweise vom Liquidator gäbe, dass er die Stadt bevollmächtigt habe.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Bönisch** um Prüfung, ob ein entsprechender Beschluss des Vereins zur Bevollmächtigung der Stadt durch den Liquidator vorliege und er bat um die Kenntnisnahme des entsprechenden Schreibens dazu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme

Beschluss:

Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft wird gebeten, bei den weiteren Planungen zum Deichneubau auch Varianten – beispielsweise den Deichverlauf parallel zum Gimritzer Damm – zu berücksichtigen, die von einem Wegfall der Eissporthalle nebst Nebenanlagen und Wiedererrichtung an einem anderen Ort ausgehen.

Der Stadtrat beschließt als Standort für einen etwaigen Neubau einer Eissporthalle den Standort der nördlichen Blücherstraße in Halle (Saale).

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Information zur weiteren Verfahrensweise zur Realisierung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Mitteilung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Behandlung von „Hochwasserhilfen im Haushalt“ V/2014/12817

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass drei mündliche Anfragen in schriftliche Form vorlägen:

1. Herr Schied, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Bearbeitungsdauer von Wohngeldanträgen
2. Herr Kieslich, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Laternenfest
3. Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Friesenschule

zu 11.1 Anfrage Herr Schied, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Bearbeitungsdauer von Wohngeldanträgen

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI wurde zur Anfrage von Herrn Schied ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die Anfrage von Herrn Schied.

Welche Gründe liegen für die lange Bearbeitungsdauer von Wohngeldanträgen (10 – 15 Wochen) vor?

Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher ergriffen, um diesen unhaltbaren Zustand zu ändern?

Wer möchte darauf antworten? Herr Kogge.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales

Sehr geehrter Herr Schied, die Antwort heißt folgendermaßen.

Im Jahre 2013 wurden durch das Team Wohngeld 4.500 Anträge positiv beschieden. In den Leistungen wurde auch im Wesentlichen das Geld ausgezahlt. Andere Tätigkeiten werden statistisch nicht erfasst.

Für den Bereich Wohngeld stand 2013 ein Ist von 18 Stellen zur Verfügung. Und von daher haben wir hier eine normale Bearbeitungssituation. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer reicht, wenn alle, und das dürfte der Unterschied sein, wenn alle Antragsunterlagen vollständig abgegeben sind, im Schnitt 6 – 8 Wochen.

Schwierigkeiten entstehen momentan immer dann, wenn nachgefordert werden muss, weil Anträge zum Teil noch Lücken aufweisen. Dann kann die Bearbeitungszeit mit Nachfolgefrist entsprechend länger dauern.

Wir haben momentan die Stelle auch mit dem Sozialbereich, Fachbereich Soziales ausgewertet und haben hier nochmal Augenmerk darauf gesetzt.

Herr Lange

Herr Schied, eine Nachfrage?

Herr Schied, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Also Herr Kogge, das stimmt so nicht. Da müssten Sie mal auf die Internetseite der Stadt gehen und da steht 10 bis 12 Wochen, nachdem alle Unterlagen eingegangen sind. Und wenn sie dort anrufen, da wird ihnen gesagt, dass kann 12 bis 15 Wochen dauern und selbst wenn sie einen Nachfolgeantrag stellen und eigentlich gar nicht viel mehr einzuarbeiten ist.

Also ich beziehe mich erst mal auf die Seite der Stadt. Da können Sie ja mal draufgucken. Da steht das so. Ich habe auch selber eine Mitarbeiterin angerufen und die hat mir aber keine weiteren Informationen gegeben, weil sie gemeint hat, sie wäre da nicht berechtigt dazu und sie dürfe mir da keine Auskunft geben. Und deshalb habe ich das hier mal angebracht.

Herr Beigeordneter Kogge

Ich vermute jetzt, der letzte Teil hat irgendwo einen anderen Hintergrund, da gibt es einen persönlichen Antrag oder irgendwas anderes. Das weiß ich jetzt nicht.

Aber die Frage ist, der andere Teil, den ich Ihnen beantwortet habe, 6 – 8 Wochen ist momentan die Durchschnittsdauer. Das heißt nicht, dass wir nicht darauf hinweisen, dass im Ernstfall, wenn es um die Bearbeitung geht, länger gehen kann.

Herr Schied

Das stimmt nicht. Das steht auf der Seite der Stadt anders. Und wenn Sie dort nachfragen, wird es auch anders gehandhabt. Also es ist wirklich so die Bearbeitungsdauer. Und es ist nicht erst seit gestern. Das ist schon seit längerem so.

Herr Beigeordneter Kogge

Die Seite ist jetzt Halle.de? Dann werde ich sie entsprechend angucken nochmal.

Auf Halle.de steht es anders?

Herr Schied

Hier auf der Seite des Rathauses.

Herr Beigeordneter Kogge

Gucke ich mal nach.

Das ist die Antwort, die ich momentan offiziell von dem Fachbereich habe. Ich gehe gern dem nochmal nach, wenn es auf Halle.de anders steht.

Herr Schied

Es bleibt doch trotzdem der Fakt. Es ist einfach so. Es dauert so lange. Das Problem ist ja, es geht ja dann weiter. Diese Bescheide sind ja Grundlage für weitere Anträge. Zum Beispiel für Bildung und Teilhabe. Also wenn da jemand 15 Wochen wartet und diesen Wohngeldbescheid braucht, dann hat er ein Problem.

Herr Lange

Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung das Problem nochmal mitnimmt und dem nochmal nachgeht.

Ende des Wortprotokolls

zu 11.2 Anfrage Herr Kieslich, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Laternenfest

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die Anfragen von Herrn Kieslich:

1. Wird die Bundeswehr bzw. Reservistenkameradschaft Halle mit einem Stand auf dem Laternenfest vertreten sein?
Ist die Bundeswehr bzw. Reservistenkameradschaft Halle an allen drei Tagen des Laternenfestes anwesend?
Was gehört zu diesem Informationsstand? (Info-Mobil, Info-Truck, Fahrzeuge)
2. Muss die Bundeswehr bzw. Reservistenkameradschaft Halle für den Stand eine Gebühr entrichten, wenn ja, in welcher Höhe?
Sofern die Frage verneint wird, warum nicht?
3. Gibt es eine gesetzliche bzw. vertragliche Verpflichtung, die Bundeswehr bzw. Reservistenkameradschaft Halle auf dem Laternenfest zuzulassen, wenn ja welche?
4. Sind der Stadtverwaltung weitere Termine bekannt, wann (Datum, Uhrzeit) und wo (Ort) die Bundeswehr bzw. Reservistenkameradschaft Halle auf öffentlichen Plätzen bzw. in Gebäuden der Stadt und Gebäuden städtischer Unternehmen sich präsentieren oder Veranstaltungen durchführen wird?
Bitte die Zeiträume für das 3. Quartal aufführen.

Dazu teilte **Frau Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Sport**, mit, dass die Reservistenkameradschaft an allen drei Tagen zum Laternenfest mit einem Versorgungsbereich und einem Bühnenprogramm teilnimmt. Darüber hinaus sei auch der Karrieretreff der Bundeswehr anwesend. Zum Angebot des Veranstaltungsbereiches gehören eine Bühne, Versorgungsstände sowie der Truck vom Karrieretreff.

Die Reservistenkameradschaft zahle keine Standgebühr, da ein umfangreiches Programm angeboten und Versorgungsstände zur Verfügung gestellt werden.

Für den Karrieretreff zahle die Bundeswehr eine Standgebühr in Höhe von 1.500 Euro.

Zu den Fragen 3. und 4. teilte **Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** mit, dass es keine vertragliche Verpflichtung zur Teilnahme der Bundeswehr auf dem Laternenfest gäbe und der Verwaltung auch keine weiteren Termine bekannt seien.

zu 11.3 Anfrage Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Friesenschule

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die am 14.07.2014 eingegangenen Anfragen von Frau Ranft:

Aufgrund der geplanten Sanierungsvorhaben an der Grundschule Karl Friesen ist vorgesehen, dass die Schule ab Beginn des neuen Schuljahres ein Ausweichquartier in der Ottostraße, ehemalige Rosengartengrundschule, nutzt.

1. Zum aktuellen Stand der Planung frage ich, wie viele Kinder der Schule sind auf Grund des geplanten späteren Schulbeginns für den Frühhort angemeldet?
2. Erfolgt die Übernahme für Kostenbeiträge für die Frühhortnutzung durch die Stadt in den Fällen, wo diese auf den verschobenen Unterrichtsbeginn zurückzuführen ist?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass es zurzeit etwa 45 Voranfragen für den Frühhort gäbe. Diese seien jedoch nicht alle auf die Verlagerung des Schulortes im Rahmen der Sanierung zurückzuführen. Zu diesem gäbe es einen Anstieg, welcher ca. 26 Schulkinder betreffen würde.

Bezüglich der Frage 2. wurde den Eltern ein ermäßigter Kostensatz für diese Stunden angeboten, welcher 2 Euro die Stunde und 10 Euro in der Woche betragen werde. Sollte dies aus Gründen der sozialen Situation nicht möglich sein, trete hier § 90, Pauschalierte Kostenbeteiligung, SGB VIII Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft und die betreffenden Eltern könnten einen Antrag auf Ermäßigung stellen.

zu 11.4 Anfrage Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zum Ortsschild im Franzosensteinweg

Herr Hopfgarten frage an, ob die Stadtverwaltung Kenntnis davon habe, dass das schon mehrfach verschwundene Ortsschild am Ortsausgang Franzosensteinweg seit der vergangenen Woche wieder verschwunden sei.

Er frage an, ob eine erneute Anbringung des Schildes vorgesehen ist und wenn ja, wie lange dies dauern werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.5 Anfrage Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zum Halteverbotsschild im

Bergschenkenweg

Herr Hopfgarten informierte darüber, dass an der Kreuzung Gottfried-Keller-Straße/Bergschenkenweg ein Halteverbotsschild an einem Laternenpfahl angebracht sei. Dieses Halteverbot werde in ca. 50 Meter Entfernung wieder aufgehoben, so dass für den Rest der Straße das Parken möglich war. Vor ca. 4 – 6 Wochen verschwand das zweite Schild, welches das Halteverbot aufhob, was zur Folge habe, dass für den ganzen Abschnitt bis zum Alpenveilchenweg bzw. bis zur nächsten Bushaltestelle Parkverbot wäre.

Dies werde durch die anliegenden Gartenbesitzer jedoch missachtet und **Herr Hopfgarten** fragte an, ob einfach nur das Schild fehle bzw. ob die Einhaltung des Parkverbotes kontrolliert werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.6 Anfrage Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, zum Bürgerservice

Herr Eigendorf berichtete, dass es in verschiedenen Städten die Möglichkeit gäbe, während der Wartezeit im Bereich Bürgerservice den Wartebereich kurzzeitig zu verlassen. Ebenso gäbe es die Möglichkeit, über die städtische Homepage den Bearbeitungsstand zu verfolgen.

In Halle gäbe es im Moment diese Möglichkeit nicht und er fragte an, ob die Verwaltung auch die Verwendung solcher technologischen Möglichkeiten im Bürgerservice sehe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für den Hinweis und sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.7 Anfrage Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die FRAKTION, zum Defekt des Glockenspiels

Herr Schramm fragte nach, wann das durch einen Blitzeinschlag defekte Glockenspiel wieder einsatzbereit sei.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.8 Anfrage Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Hortsituation in der Lessingschule

Frau Haupt machte darauf aufmerksam, dass in den Ausschlussdiskussionen zur Hortsituation festgestellt wurde, dass aufgrund der steigenden Schülerzahlen der Hort an der Lessingschule bis 2017 errichtet werden soll. Jetzt sei bekannt geworden, dass wegen

rückgängiger Schülerzahlen diese Variante nicht mehr akut sei und sie fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, merkte an, dass es auch weiterhin steigende Schülerzahlen an der Lessingschule gäbe. Das Problem Hort sei virulent und es müsse noch eine Klärung zum Bau des Standortes des Hortes herbeigeführt werden. Momentan erfolge eine Prüfung dazu.

zu 11.9 Anfrage Herr Kieslich, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu Überlastungsanzeigen

Herr Kieslich informierte aus einem Presseartikel, in welchem auf 250 Überlastungsanzeigen in der Stadtverwaltung verwiesen werde. In diesem Zusammenhang fragte er nach, ob die Verwaltung diese Zahlen bestätige und wenn ja, wo es die meisten Überlastungsanzeigen und Gespräche mit dem Personalrat dazu gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass der Inhalt des Presseartikels nicht zutrefte und die Zahlen nicht korrekt seien.

Beim Eingang von Überlastungsanzeigen gäbe es in der Verwaltung ein umfassendes System im Umgang damit. Alle Mitarbeiter bzw. entsprechenden Leiter würden eingebunden. Das Verfahren sei mit dem Personalrat abgestimmt und man habe intensiv daran gearbeitet.

Die im Presseartikel benannte Zahl ist der Verwaltung nicht bekannt und kann deshalb auch nicht bestätigt werden.

zu 11.10 Anfrage Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Fraktion, zum Garagenkomplex Lilienstraße/Pleißestraße

Herr Schachtschneider bezog sich in seiner Anfrage auf einen Artikel im HalleSpektrum zu den Garagen in der Lilien- und in der Pleißestraße. In der Beigeordnetenkonferenz soll es die Aussage gegeben habe, dass die Pacht pro Garage und Jahr 2,56 Euro betrage und er fragte nach der Richtigkeit der Aussage.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte dazu mit, dass 2,56 Euro die Verwaltungskostenpauschale sei, die die Stadt Halle den Garageneigentümern pro Jahr und Garage zahle.

Diese Pauschale werde der Garageneigentümergeinschaft pro Jahr und Garage gezahlt.

Des Weiteren fragte Herr Schachtschneider an, ob man vorhabe, auf dem Gelände des Garagenkomplexes Einfamilienhäuser oder sonstige Häuser zu bauen.

Herr Beigeordneter Neumann verneinte dies. Der Flächennutzungsplan ließe es technisch zwar zu, die Stadt habe aber keine Bebauung diesbezüglich vor.

In der Beigeordnetenkonferenz habe man sich darauf verständigt, die Standorte weiter als Garagenkomplexe zu erhalten, auch über die jetzigen Pachtverhältnisse hinaus, welche bis Ende 2019 laufen.

Korrigiert werden müsse jedoch die Pachteinnahme zwischen der Stadt und den Garagentgemeinschaften. Als Orientierungswert und Verhandlungsbasis habe er 10 Euro genannt. Die Stadt sei auch bereit, neue Verträge nach 2019 abzuschließen und im Sinne der Eigentümer Lösungen zu finden.

zu 11.11 Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Radweg Schwanenbrücke

Herr Feigl informierte darüber, dass es eine schriftliche Beantwortung der Verwaltung zu einer Anfrage von Frau Dr. Brock zum Rad- und Fußweg entlang An der wilden Saale gab.

In diesem Zusammenhang fragte er nach der Baugenehmigung für die neue Stützmauer, welche in der Antwort der Verwaltung benannt wurde.

Ebenso fragte er an, ob es von Seiten des Bauherren eine Planung und Gestaltung diesbezüglich gäbe und diese den Stadträten gegebenenfalls im Planungsausschuss vorgestellt werden könne.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte, dass es mit der Verwaltung Abstimmungen dazu gab. Eine schriftliche Beantwortung werde nachgereicht.

zu 11.12 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu einer Klageschrift

Frau Wolff erinnerte daran, dass in der letzten Stadtratssitzung das Vorliegen einer Klageschrift der HAVAG zum Böllberger Weg bestätigt wurde. Die zugesagte Zusendung dieser Klageschrift an ihre Fraktion stehe jedoch noch aus.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sicherte eine Prüfung des Sachverhaltes und Mitteilung an den Stadtrat zu.

zu 11.13 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Fördermittelbescheid Böllberger Weg Nord, 2. Bauabschnitt

Frau Wolff merkte an, dass die zugesagte Zusendung der Kopie des Fördermittelbescheides zum Ausbau des Böllberger Weges Nord, 2. Bauabschnitt in ihrer Fraktion noch nicht vorliege.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass in Bezug auf die Anfrage vom 25.06.2014 zum Förderantrag Böllberger Weg Nord und den Förderbescheid eine schriftliche Antwort durch die Verwaltung erstellt wurde.

Da diese laut Aussage von Frau Wolff in ihrer Fraktion nicht vorlag, verlas **Herr Beigeordneter Stäglin** die Stellungnahme der Verwaltung:

„Der Fördermittelantrag zum Vorhaben Böllberger Weg Nord wurde am 22.11.2013 gestellt. Der Fördermittelbescheid für die Jahresscheibe 2013 trägt das Datum 05.12.2013. Der Fördermittelgeber teilte der HAVAG am 18.06.2014 mit, dass bei dem derzeit offenen Klageverfahren eine weitere Antragstellung entbehrlich ist. Sollte nicht geklagt werden (oder die Klage dann zu einem gewissen Zeitpunkt nicht weiter verfolgt werden - mündliche Einfügung) ist ein Änderungsantrag für die gesamte Stufe 1 zu stellen.“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand habe jedoch in seinem Bericht deutlich gemacht, dass dies nicht beabsichtigt sei, sondern die Aufträge abgearbeitet werden.

Herr Beigeordneter Stäglin sagte die Weiterleitung der Unterlagen an die Fraktionen zu.

zu 11.14 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Zustand Kleine Ulrichstraße

In Bezug auf den Zustand der Kleinen Ulrichstraße merkte **Frau Wolff** an, dass sich dort Steine gelockert hätten. Sie fragte an, ob beabsichtigt sei, die Löcher mit Teer aufzufüllen, oder ob der ursprüngliche Zustand der Straße wieder hergestellt werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte darauf aufmerksam, dass es sich bei der Reparatur der Kleinen Ulrichstraße um eine Übergangslösung handelte, um die Verkehrssicherheit für den Zeitraum sicherzustellen, in welchem in der Großen Ulrichstraße noch gebaut wurde.

Die Zeitschiene für die Reparatur der Kleinen Ulrichstraße werde dem Stadtrat schriftlich mitgeteilt.

zu 11.15 Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu einer Selbsthilfegruppe

Frau Wolff informierte über eine Dienstaufsichtsbeschwerde der Selbsthilfegruppe „Spielsucht“ vom 30.06.2014, gerichtet an den Oberbürgermeister. Sie fragte nach den Positionen der Verwaltungsspitze zu diesem Vorfall.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand merkte an, dass weder bei Herrn Bürgermeister Geier noch im Büro des Oberbürgermeisters ein solches Schreiben eingegangen sei. Er bat um die Zurverfügungstellung des Schreibens.

Laut Aussage von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, liege auch in seinem Dezernat ein solcher Vorgang nicht vor.

zu 11.16 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum TOP 10.2

Herr Dr. Meerheim bedankte sich bei der Verwaltung für die Übergabe der Übersicht bezüglich der Stellenanteile, die bisher für die Abrechnung der Fluthilfemittel benötigt worden sind.

In Bezug auf die Angaben aus dem Fachbereich Finanzen, Bereich Investitionen und Fördermittel, fragte er an, welche Vorstellungen die Verwaltung habe, das Programm mit dem vorhandenen Personal abzuwickeln.

In den vergangenen Jahren lag der eigenständige Investitionshaushalt bei 40 bis 50 Mio. Euro. **Herr Dr. Meerheim** fragte an, ob mit der Herausnahme der angeführten hohen Stellenanteile für die Abwicklung der Fluthilfe die Verwaltung in der Lage sei, den „normalen“ städtischen Investitionshaushalt zu bearbeiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Generell könne davon ausgegangen werden, dass in einer so großen Verwaltung plötzlich auftretende Mehrarbeit aufgefangen werden kann.

Bezüglich der Diskussion zu personalwirtschaftlichen Maßnahmen fragte **Herr Dr. Meerheim** an, ob angedacht sei, in Zukunft auf das Land oder den Bund zuzugehen, um Unterstützung zu erhalten, um mögliche Überlastungsanzeigen ausschließen zu können. Seiner Meinung nach sei die Bearbeitung der Finanzmittel mit dem jetzigen Personal nicht machbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass die Verwaltung dabei sei, die Arbeitsprozesse zu optimieren. Nach der Verwaltungsstrukturreform beginne man jetzt mit einem Personalprozess, der an der Konzeption innerhalb des Konzerns angelehnt ist. Dabei werde es genau strukturierte Gespräche zur Optimierung der Arbeit geben. In dem Prozess werde bereits vom Teamleiter an die Möglichkeit gegeben, entsprechend einzugreifen. Ebenso habe Herr Bürgermeister Geier bestätigt, dass aus dem genannten Bereich keine Überlastungsanzeigen vorlägen.

Momentan werde daran gearbeitet, die Prozesse weiter zu effektivieren.

zu 11.17 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion, zur Prüfung der gemeinsamen Nutzung des Fußweges für Radfahrer

Bezugnehmend auf die vor einiger Zeit geführte Diskussion zur Prüfung der gemeinsamen Benutzung von Fußwegen für Fußgänger und Radfahrer fragte **Herr Bönisch** an, ob diese Überprüfung schon abgeschlossen ist. Im konkreten Fall gehe es ihm um die August-Bebel-Straße.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass die Stadt über mehrere Jahre den Vorgang der Radwegebenutzungspflicht begleitet und auf Antrag und Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes sehr ausführlich überprüft und sukzessive die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben habe, wo es möglich ist und wo auch der Radweg dieses hergibt.

Dieser Vorgang wurde erst einmal abgeschlossen, befinde sich aber fortwährend weiter in der Prüfung.

Bezüglich der August-Bebel-Straße liege möglicherweise eine andere Situation vor, was geprüft werden müsse.

Zur Nachfrage von **Herrn Bönisch**, ob für besondere Straßen die gemeinsame Nutzung des Fußweges durch Radfahrer und Fußgänger geprüft werde, sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.18 Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion, zu Sicherungsmaßnahmen in der Wolfstraße

In Bezug auf die Sicherungsmaßnahmen am Gebäude Wolfstraße 19 merkte **Herr Bönisch** an, dass vor zwei Jahren der Besitzer nicht erreicht werden konnte. Zurzeit sei die gesamte Straße in diesem Bereich gesperrt und er fragte an, ob jetzt Abhilfe geschaffen werde oder die Straße wegen herunterfallender Dachziegel gesperrt wurde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.19 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Fraktion, zum Personaleinsatz im Fachbereich Ordnung

Bezüglich einer Pressemitteilung zu gravierenden Veränderungen im Ordnungsamt, informierte **Herr Scholtyssek** darüber, dass weniger Politessen zum „Knöllchen“ schreiben und stattdessen mehr Ordnungsamtsbedienstete für weggeworfene Zigarettenkippen bzw. Hundekot eingesetzt werden sollen.

Die vorgenommene Änderung der Personenzahl könne er nicht nachvollziehen, da dies mit einer erheblichen Veränderung der Einnahmesituation der Stadt verbunden sei.

In diesem Zusammenhang bat er um die Einsichtnahme in die Berechnung der Einnahmeausfälle, welche dadurch eintreten würden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass gegenwärtig noch keine Berechnungen vorlägen. In einem Jahr werde man halbjährlich eine Einschätzung diesbezüglich vornehmen. Die Ordnungskräfte ahnden auch weiterhin bei schweren Verkehrsverstößen und es gehe im Wesentlichen darum, in den einzelnen Stadtteilen entsprechende Präsenz zu zeigen.

Der Bitte von **Herrn Scholtyssek**, im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten noch einmal darüber zu informieren, stimmte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zur Montage von Verkehrsschildern

Herr Hopfgarten regte an, darüber nachzudenken, die Befestigung von Verkehrsschildern diebstahlsicherer zu gestalten.

zu 12.2 Anregung Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Künstlerhaus 188

In Bezug auf die geplante Verschiebung des Künstlerhaus 188 um elf Meter und den dazu notwendigen Abriss der Turnhalle regte **Frau Wolff** im Namen ihrer Fraktion an, dass durch die HAVAG geprüft werden sollte, das Gebäude nur um 6,50 Meter nach hinten zu verschieben, um die Turnhalle zu erhalten.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 1. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin